

Die Ausländer in Baden-Württemberg

Mobilitäts- und Anpassungsvorgänge

Allgemeine Entwicklung

Gegenüber 1961, als lediglich 168 000 Ausländer in Baden-Württemberg wohnten, waren es am 1.1.1979 829 000 und somit um rund 660 000 (ca. 400%) Nicht-Deutsche mehr. Die überwiegend durch wirtschaftliche Gegebenheiten bedingte Entwicklung dieses Bevölkerungsteiles ist aus *Schaubild 1* ersichtlich. Nach einem Höchstwert im Jahre 1974 liegt der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung heute bei 9% (1961 noch 2,7%). Diese stürmische Entwicklung führte zu gesellschaftspolitischen Problemen, für deren Lösung durch Ministerpräsident Lothar Späth eine neue Richtung aufgezeigt wurde. In einem Interview, das er am 20. 4. 1979 der Stuttgarter Zeitung gab, führte er aus: „Wir müssen eine Ausländerpolitik machen, die denen, die dableiben wollen und vielleicht aus Arbeitsmarktgründen dableiben müssen, eine Integrationsmöglichkeit gibt und gleichzeitig abwehrt, daß wir in noch größerem Maße ein Einwanderungsland werden.“ Er hebt dabei besonders auf die Problematik der zweiten Generation ab und führt Zahlen und Fakten an, die die Größenordnung und Konsequenzen einer Integration der Ausländer beleuchten. Zur Realisierung dieser Politik hat die Landesregierung am 20. 6. 1979 eine „Konzeption des Landes zur Verbesserung der Situation der zweiten Ausländergeneration“ verabschiedet, um besonders den Ausbildungsstand der ausländischen Jugendlichen dem Ausbildungsstand der gleichaltrigen deutschen Bevölkerung anzugleichen.

In nachfolgendem Beitrag wird versucht, in Ergänzung zu den bereits mitgeteilten Verweil- und Rückkehrabsichten der ausländischen Haushaltsvorstände¹, ein allgemeines Bild über die Entwicklung des Ausländerbestandes und seiner Struktur zu geben und aufzuzeigen, welche Indikatoren für eine bereits vollzogene – oder beabsichtigte – Integration vorliegen. Hierbei

¹ Vgl. Frank, Die ausländischen Haushaltsvorstände und ihre Verweil- und Rückkehrabsichten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1979.

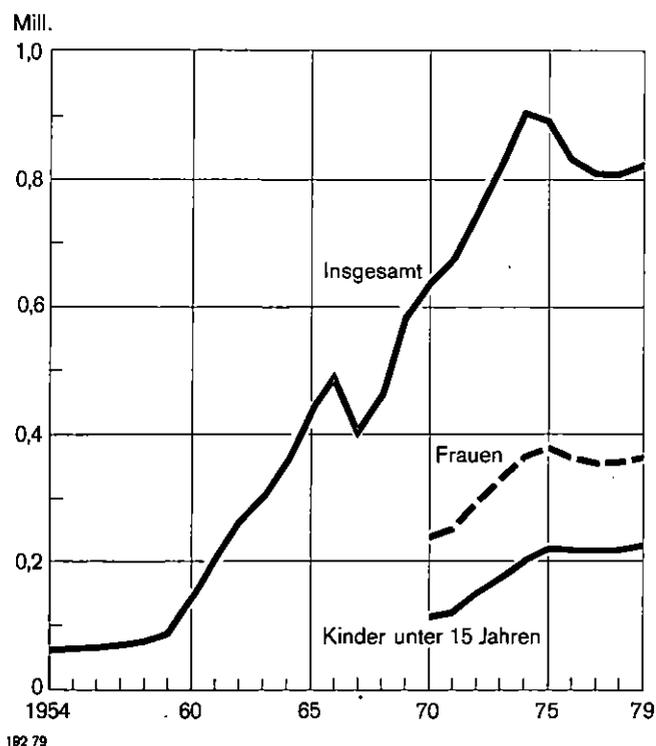
Tabelle 1
Wohnbevölkerung und Ausländer in den Ländern des Bundesgebietes 30. 9. 78

Land	Wohnbevölkerung		Ausländer	
	1000	%	je 1000 Einwohner	
Schleswig-Holstein	2 591,5	75,0	1,9	29
Hamburg	1 668,1	123,9	3,1	74
Niedersachsen	7 227,5	249,5	6,3	35
Bremen	699,7	41,7	1,0	60
Nordrhein-Westfalen	17 012,8	1 228,4	30,9	72
Hessen	5 549,5	446,4	11,2	80
Rheinland-Pfalz	3 633,8	142,0	3,6	39
Baden-Württemberg	9 137,8	826,9	20,8	90
Bayern	10 822,1	624,9	15,7	58
Saarland	1 075,0	39,9	1,0	37
Berlin (West)	1 914,2	182,5	4,6	95
Bundesgebiet	61 331,9	3 981,1	100	65

Quelle: Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamtes.

Schaubild 1

Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung



werden vorzugsweise auch Anpassungsvorgänge an deutsche Verhaltensweisen aufzuzeigen sein. Darüber hinaus wird dargelegt, in welcher Weise ihre Mobilität zu einer kurzen Verweildauer (Rotation) einerseits und zu einem für längere Zeit geplanten Aufenthalt (Integration) andererseits führte.

Das Ausländerproblem gelangte in Baden-Württemberg deutlich ins Bewußtsein der Öffentlichkeit, als nach Beendigung der Rezession der Jahre 1966/67 erneut und in verstärktem Maße ausländische Arbeitskräfte ins Land geholt wurden und als auch ihr Anteil an der Wohnbevölkerung die 5%-Marge zu übersteigen begann. Dabei waren schon in einzelnen Kreisen Anteilswerte von 10% überschritten worden. Durch weiteren Zuzug von Arbeitskräften, die auch ihre Ehefrauen – zunächst als Arbeitskräfte – und später auch ihre Kinder zu sich holten, entwickelte sich aus einer Minderheit ein beträchtlicher Bevölkerungsteil. Von da ab setzten Integrationsvorgänge ein, die am einfachsten durch einen zunehmenden Frauenanteil, eine wachsende Quote von Kindern und Jugendlichen und damit auch durch immer größer werdende Haushalte und längere Aufenthaltsdauer charakterisiert werden können. Diese Entwicklung riß auch nicht ab, als im Verlauf der Rezession von 1974/75 ca. 100 000 ausländische Arbeitskräfte das Land verließen. Im Gegenteil, durch die Abwanderung einer relativ mobilen Ausländergruppe wurde der Integrationsvorgang der verbleibenden wesentlich stärker im Familienverband lebenden Ausländer noch beschleunigt.

Tabelle 2
Wohnbevölkerung und Ausländer in den
Stadt- und Landkreisen am 1.1.1979

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wohnbevölkerung		
	Insgesamt	darunter Ausländer	%
Stadtkreis			
Stuttgart, Landeshauptstadt	583 700	94 329	16,2
Landkreise			
Böblingen	296 776	39 977	13,5
Esslingen	454 294	57 645	12,7
Göppingen	226 750	23 968	10,6
Ludwigsburg	427 497	55 084	12,9
Rems-Murr-Kreis	351 171	35 408	10,1
Region Mittlerer Neckar	2 340 188	306 411	13,1
Stadtkreis			
Heilbronn	111 330	13 687	12,3
Landkreise			
Heilbronn	237 428	18 149	7,6
Hohenlohekreis	82 947	4 468	5,4
Schwäbisch Hall	150 644	7 555	5,0
Main-Tauber-Kreis	121 628	3 693	3,0
Region Franken	703 977	47 552	6,8
Landkreise			
Heidenheim	123 395	10 153	8,2
Ostalbkreis	272 044	17 427	6,4
Region Ostwürttemberg	395 439	27 580	7,0
Regierungsbezirk Stuttgart	3 439 604	381 543	11,1
Stadtkreise			
Baden-Baden	49 200	2 957	6,0
Karlsruhe	274 058	21 701	7,9
Landkreise			
Karlsruhe	352 868	23 804	6,7
Rastatt	187 877	11 772	6,3
Region Mittlerer Oberrhein	864 003	60 234	7,0
Stadtkreise			
Heidelberg	128 064	10 138	7,9
Mannheim	302 794	38 982	12,9
Landkreise			
Neckar-Odenwald-Kreis	129 293	5 510	4,3
Rhein-Neckar-Kreis	454 428	32 494	7,2
Region Unterer Neckar	1 014 579	87 124	8,6
Stadtkreis			
Pforzheim	106 498	12 215	11,5
Landkreise			
Calw	128 323	13 715	10,7
Enzkreis	158 252	15 346	9,7
Freudenstadt	97 611	5 855	6,0
Region Nordschwarzwald	490 684	47 131	9,6
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 369 266	194 489	8,2
Stadtkreis			
Freiburg im Breisgau	174 121	12 326	7,0
Landkreise			
Breisgau-Hochschwarzwald	193 753	9 425	4,9
Emmendingen	129 845	5 476	4,2
Ortenaukreis	353 168	17 180	4,9
Region Südlicher Oberrhein	850 887	44 407	5,2
Landkreise			
Rottweil	126 973	8 271	6,5
Schwarzwald-Baar-Kreis	197 437	21 227	10,8
Tuttlingen	110 116	9 794	8,9
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	434 526	39 292	9,0
Landkreise			
Konstanz	227 792	22 325	9,8
Lörrach	189 470	15 846	8,4
Waldshut	141 426	12 019	8,5
Region Hochrhein-Bodensee	558 688	50 190	9,0
Regierungsbezirk Freiburg	1 844 101	133 889	7,3
Landkreise			
Reutlingen	234 366	23 152	9,9
Tübingen	167 601	14 636	8,7
Zollernalbkreis	171 958	14 397	8,4
Region Neckar-Alb	573 945	52 185	9,1
Stadtkreis			
Ulm	98 528	12 044	12,2
Landkreise			
Alb-Donau-Kreis	157 826	12 670	8,0
Biberach	149 513	6 626	4,4
Region Donau-Iller¹⁾	405 867	31 340	7,7
Landkreise			
Bodenseekreis	165 596	15 110	9,1
Ravensburg	226 995	13 977	6,2
Sigmaringen	112 416	6 674	5,9
Region Bodensee-Oberschwaben	505 007	35 761	7,1
Regierungsbezirk Tübingen	1 484 819	119 286	8,0
Baden-Württemberg	9 137 790	829 207	9,1

¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Größte Ausländerdichte in Baden-Württemberg

Innerhalb des Bundesgebietes mit seinen fast 4 Mill. Ausländern liegt Baden-Württemberg, was die Gesamtzahl der Ausländer betrifft, an zweiter Stelle hinter Nordrhein-Westfalen mit rund 1,2 Mill. Ausländern. Die Ausländerquote ist in Baden-Württemberg jedoch mit 9% der Einwohner die höchste unter den Flächenländern. Sie wird nur von Berlin (West) mit einem Anteil von 9,5% bei einem Bundesdurchschnitt von 6,5% übertroffen. Innerhalb des Landes konzentrieren sich die Ausländer besonders in der Region Mittlerer Neckar, wo sie in allen Kreisen einen Anteil von 10 und mehr Prozent an der Wohnbevölkerung erreicht haben. Der stärkste Ausländeranteil wird mit 16% in Stuttgart angetroffen. Des weiteren liegt er in den Stadtkreisen Heilbronn, Mannheim, Pforzheim und Ulm sowie in den Landkreisen Calw und Schwarzwald-Baar-Kreis über 10%.

Türken stärkste Ausländergruppe

Überlegungen zum längeren Verbleib der Ausländer bedürfen auch der Kenntnisse der Herkunftsgebiete und der daraus resultierenden sozialen Bindungen. So stammte im Jahr 1961 – kurz nach Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte – das stärkste Ausländerkontingent mit einem Anteil von 44% aus Italien. Außerdem bestimmten Griechen, Spanier und Österreicher zu je etwa 8% aller Ausländer die nationale Struktur. Bis 1973 hatte sich diese Struktur bei einer Zunahme der Ausländer um 680 000 deutlich zugunsten der Jugoslawen mit einem Anteil von 24% und der Türken (19%) verschoben. Dabei ist der Anteil der Italiener bis dahin auf 23% zurückgegangen. Der Anteil der Griechen hatte sich leicht auf 11% erhöht. Mit der Abnahme des Ausländerbestandes zwischen 1973 und 1978 hat sich die Struktur der Nationalitäten abermals geändert. In dieser Zeit haben die Türken, bei denen als einziger Nationalität die Gesamtzahl in diesen Jahren noch gestiegen ist, einen Anteil von 24% erreicht und stellen damit den Hauptteil aller Ausländer, gefolgt von den Jugoslawen (23%) und den Italienern (22%). Damit fassen diese drei Nationalitäten rund zwei Drittel aller Ausländer zusammen. Es müssen also auch Aspekte unterschiedlicher Religion und andersartigen Brauchtums Berücksichtigung finden.

Tabelle 3
Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

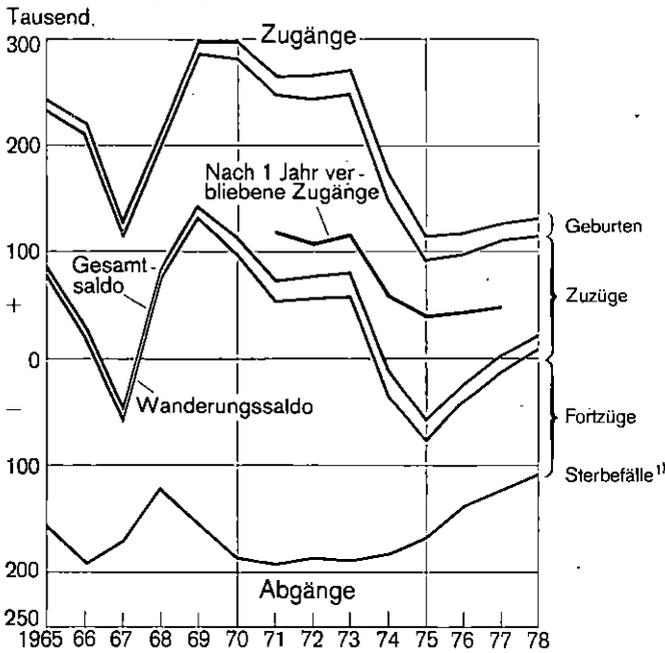
Staats- angehörigkeit	1961		1973		1978	
	1000	%	1000	%	1000	%
Insgesamt	211	100	892	100	827	100
darunter						
Griechenland	18	8,5	101	11,3	77	9,3
Italien	92	43,7	207	23,3	181	21,9
Jugoslawien	9	4,1	213	23,9	187	22,7
Portugal	0	0,1	21	2,3	19	2,3
Spanien	15	7,0	49	5,5	32	3,8
Türkei	3	1,5	172	19,2	200	24,1

Quelle: Ausländerzentralregister. Stand: jeweils 30. 9.

Keine Flucht vor ökonomischen Veränderungen

Bevor im weiteren auf die in den vergangenen Jahren festgestellten Anpassungsvorgänge eingegangen wird, soll aufgezeigt werden, in welcher Weise bisher Zu- und Fortzug in zeitlicher Abfolge abgelaufen sind und zu kurzen Verweildauern eines Teiles der Ausländer führten. Die Wanderungsbewegungen trugen wesentlich zur Bestandsveränderung bei, wobei Geburten und Sterbefälle zunächst eine geringere Rolle spielten, im Laufe der Jahre aber an Bedeutung gewonnen haben. Wie *Schaubild 2* zeigt, unterliegt die Zahl der Zuzüge im allgemeinen größeren Schwankungen, die im wesentlichen schnelle Reaktionen auf wirtschaftliche Entwicklungen darstellen. Die Zahl der Fortzüge dagegen zeigt eine größere Konstanz. Sie hängt allerdings vom ökonomischen Geschehen insoweit ab,

Schaubild 2
Zu- und Abgänge von Ausländern



1) Sterbefälle wegen Geringfügigkeit nicht gesondert darstellbar.
 193 79

als auf ein Jahr mit weniger Zuzügen im folgenden Jahr meist auch weniger Fortzüge zu verzeichnen sind. Grundsätzlich kann gesagt werden, daß negative Wanderungssalden nicht auf eine Verstärkung der Fortzüge – also gewissermaßen auf eine „Flucht“ vor den Verhältnissen im Bundesgebiet zurückzuführen sind –, sondern auf ein Ausbleiben von Zuzügen, weil wie beispielsweise im Jahr 1967 das Arbeitsplatzangebot zurückging oder weil, wie ab 1974, zusätzlich noch im Herbst des Jahres 1973 ein Anwerbepost verhängt worden war.

Die meisten Ausländer ziehen nach einem Jahr wieder fort

Da Zu- und Fortzüge eines Jahres im allgemeinen nicht die gleichen Personen betreffen, läßt der oben aufgezeigte Wanderungssaldo keinen Schluß auf die Dauer des Verbleibs oder Nichtverbleibs eines Ausländers zu. Dieser läßt sich am ehesten aus der sogenannten „Verbleibquote“² erkennen. Da das für diese Feststellungen erforderliche Instrumentarium erst relativ

² Z. B. „Verbleibquote“ im Jahr (x + 1) für Zugänge (Geburten + Zuzüge) aus dem Jahr x = $\frac{\text{Bestand der Zugänge aus dem Jahr x im Jahr (x + 1)}}{\text{Zugänge im Jahr x}} \cdot 100$

Tabelle 4
Einjährige Verbleibquote der Ausländer

Zugangsjahr	Von den Zugängen im Zugangsjahr leben am 30. 9. des Folgejahres noch im Land								
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Lebendgeborene	darunter				
					im Alter von ... Jahren				
					5	10	20	30	40
%									
1971	43,9	40,0	52,0						
1972	40,0	36,5	49,4	52 ¹⁾					
1973	42,2	33,2	46,7	57 ¹⁾					
1974	34,3	29,6	43,3	56,9	49,4	55,3	36,5	27,5	18,1
1975	35,2	29,9	42,0	63,6	41,5	46,6	30,8	20,1	14,0
1976	35,9	31,8	41,4	67,2	38,2	43,7	31,6	22,8	14,0
1977	36,4	32,2	41,7	74,1	35,2	40,4	36,3	23,9	18,3

¹⁾ Schätzung.

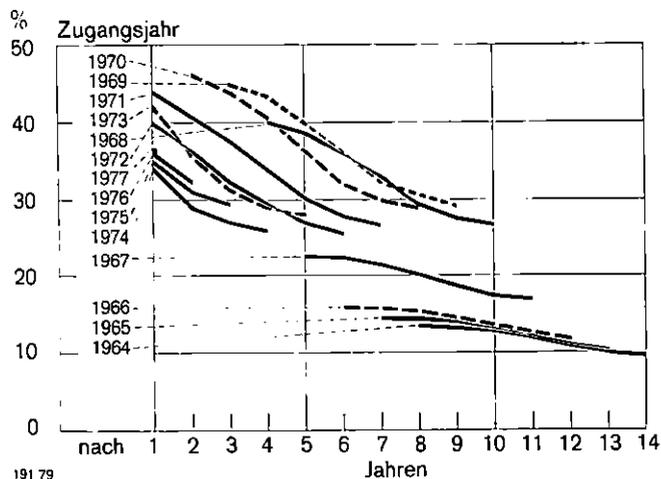
spät erarbeitet werden konnte, liegen Informationen zu diesem Sachverhalt durch gesonderte Auswertungen des Ausländerzentralregisters erstmals für das Berichtsjahr 1972 vor. Ergebnisse dieser Untersuchungen sind zunächst in *Tabelle 4* als Quote der jeweils nach einem Jahr noch verbliebenen Personen dargestellt. Demnach lebten von den Zugängen (Zuzüge + Geburten) aus dem Jahr 1971 am Ende des folgenden Jahres nur noch 43,9% im Lande. Diese relativ niedrige einjährige Verbleibquote war während der Hochkonjunktur bis zum Jahr 1973 verhältnismäßig konstant. Sie sank dann mit Beginn der Rezession weiter ab, um auch mit der wirtschaftlichen Erholung des Landes wieder leicht zuzunehmen. Die hieraus zu erkennende „einjährige Rotation“ ist bei Männern viel stärker ausgeprägt als bei Frauen, die häufig im Rahmen des Familiennachzuges erst zuziehen, wenn der Mann hier schon festen Boden unter den Füßen hat und, was für einen Familiennachzug erforderlich ist, auch angemessenen Wohnraum nachweisen kann. Während also von den Männern nach einem Jahr derzeit nur noch durchschnittlich 30% hier verbleiben, sind es bei den Frauen etwa 42%.

Für einzelne ausgewählte Altersjahre zeigt sich, daß der Verbleib um so uninteressanter wird, je älter die Zugezogenen sind. Dabei dürfte es sich bei den über 20 Jahre alten Personen in verstärktem Maße auch um Anpassungsschwierigkeiten handeln. Die in den Jahren seit 1974 von 56,9% auf 74,1% sprunghaft gestiegene Verbleibquote der hier Geborenen dürfte ein ausgesprochenes Zeichen für eine verstärkte Integrationswilligkeit der Eltern und das Vorhandensein intakter Familien sein.

Wie aus *Schaubild 3* ersichtlich, nimmt die Quote der im Lande verbliebenen Ausländer mit zunehmender zeitlicher Distanz vom Zugangsjahr ab. So waren von den Zugängen aus dem Jahr 1974 nach etwa vier Jahren am 30. 9. 1978 nur noch 26,0% in Baden-Württemberg geblieben. Diese Verbleibquote sinkt bei längerer Aufenthaltsdauer noch weiter ab. Allerdings ist nicht damit zu rechnen, daß sie nach 15 Jahren allgemein auf etwa 10% zurückgehen wird, wie sich dies für die Zugangsjahrgänge 1964 bis 1966 ergibt. Damals war die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft noch nicht in dem Maße hergestellt, wie dies durch die EG-Verordnung 1612/68 vom 15. 10. 1968 und durch das Aufenthaltsgesetz (EWG) vom 22. 7. 1969 bewirkt wurde. Entsprechend liegen auch die Verbleibquoten der Zugangsjahrgänge 1967 sowie 1968 und folgende Jahre durchweg höher. Aufgrund der dargestellten Entwicklungen kann damit gerechnet werden, daß künftig 20 bis 30% eines Zugangsjahrganges in Baden-Württemberg verbleiben werden.

Damit wurde aufgezeigt, daß der überwiegende Teil der in einem Jahr zugegangenen Ausländer schon nach ein bis zwei Jahren – im allgemeinen ohne besondere administrative Maßnahmen – das Land wieder verlassen hat und daß etwa 25% längerfristig hierbleiben werden. Nimmt man als grobe Schätzung an, daß ein Viertel der Zuzüge der vergangenen Jahre länger als 10 bis 15 Jahre im Lande bleiben will, so kann

Schaubild 3
Verbleibquote der Ausländer



man derzeit mit ca. 650 000 Ausländern rechnen, die heute schon in Baden-Württemberg wohnen und die sich auf einen längeren Aufenthalt eingerichtet haben. Dies entspricht in etwa der Zahl von 700 000 Ausländern, die schon drei Jahre und länger im Lande leben.

Darüber, wie lange die Ausländer, die im Lande geblieben sind, schon hier wohnen, gibt *Tabelle 5* Aufschluß. Sie zeigt als Ergänzung zur oben dargestellten Verbleibquote deutlich, daß die verbleibenden Ausländer eine immer längere Aufenthaltsdauer nachweisen können. Waren am 30. 9. 1973 nur 14% der Ausländer zehn Jahre und länger im Land, so sind es heute bereits 27%. Über die Hälfte halten sich insgesamt länger als sechs Jahre hier auf und erfüllen damit die Voraussetzung für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Die Aufenthaltsdauer der *Haushaltsvorstände*, die letztlich bestimmen, ob und wann der Haushalt wieder ins Heimatland zurückkehrt, ist noch größer. So waren 1978 ca. 40% von ihnen mit ca. 45% aller Personen bereits zehn und mehr Jahre im Land.

Tabelle 5
Aufenthaltsdauer der Ausländer

am 30. 9. des Jahres	Anzahl 1000	Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahren				
		unter 1	1 bis 3	3 bis 6	6 bis 10	10 und mehr
%						
1973 ...	893 130	11,7	24,0	36,6	13,6	14,0
1974 ...	914 162	6,8	22,7	37,4	17,1	16,0
1975 ...	882 114	4,7	18,6	33,0	24,5	19,1
1976 ...	831 882	4,7	11,8	29,4	32,0	22,1
1977 ...	821 746	5,4	9,4	24,8	37,1	23,4
1978 ...	826 887	5,5	9,6	19,8	37,8	27,2

Quelle: Ausländerzentralregister.

Geschlechtsverhältnis ausgeglichener

Im folgenden wird dargelegt, wie sich für den jeweiligen Ausländerbestand der Grad der Eingliederung und Anpassung an Hand verschiedenartiger, objektiv ermittelter Sachverhalte darstellt. Dies im Gegensatz zur subjektiven Meinung dieses Personenkreises über Rückkehrwilligkeit und ähnliches über die – wie vorstehend erwähnt – bereits berichtet wurde³.

Zunächst zeigt ein Blick auf die Altersstruktur (*Schaubild 4*), daß abgesehen vom Gesamtvolumen, das sich schon in der veränderten Gesamtzahl der Ausländer ausdrückt, die Zahl der unter 15jährigen besonders stark gestiegen ist und daß sich die

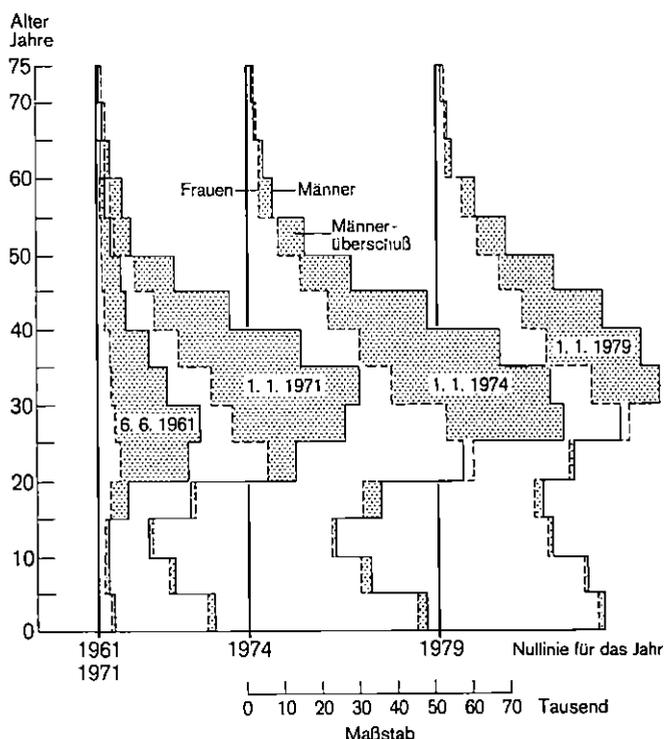
am stärksten besetzte Altersgruppe bei den Männern von den 20- bis unter 25jährigen zu den 30- bis unter 35jährigen und bei den Frauen von den 20- bis unter 25jährigen zu den 25- bis unter 30jährigen verschoben hat. Darüber hinaus hat sich sowohl die Zahl wie auch der Anteil der unter 15jährigen stark erhöht. Er stieg von 10% im Jahr 1961 auf 28% am 1. 1. 1979. Hieraus läßt sich ersehen, daß sich die ausländischen Eltern für ihre Kinder eine Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland erhoffen. Darüber hinaus läßt sich feststellen, daß der bei den Ausländern vorherrschende Männerüberschuß absolut mit 93 000 zwar doppelt so groß ist wie 1961, aber heute nur noch 11% des Ausländerbestandes ausmacht gegenüber 25% im Jahr 1961. Dieser Männerüberschuß ist nur noch im Altersbereich von 30 und mehr Jahren festzustellen, wogegen er sich im Jahre 1961 noch über alle Altersgruppen vom 15. Lebensjahr an aufwärts erstreckte. Diese Entwicklung der letzten 18 Jahre, bei der sich das Geschlechterverhältnis bis zu dieser Altersgruppe ausgeglichen hat, kann als Angleichung an die demographische Situation der deutschen Bevölkerung angesehen werden.

Weitere Beispiele für eine Anpassung an die Verhältnisse des Gastlandes sind die Entwicklung der altersspezifischen Verheiratetenquote der Frauen (*Tabelle 6*) sowie der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer. Bis zum Jahr 1974 ist die *Verheiratetenquote der Frauen* im Rahmen der Konsolidierung des Familienlebens der ausländischen Arbeitskräfte in allen Altersgruppen gestiegen. Von da an nahm sie in den Altersgruppen unter 25 Jahren wieder ab und zeigte eine Tendenz zur Anpassung an die Verhältnisse der deutschen Bevölkerung, wo sich derzeit ebenfalls ein Trend zur späteren Heirat zeigt.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Entwicklung der Geburtenfreudigkeit, dargestellt an Hand der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer (*Schaubild 5*). Hier zeigt sich bereits zwischen 1970 und 1974 bei den über 25jährigen Frauen eine Tendenz zum Rückgang der Fruchtbarkeit. Unter Anpassung an die Verhältnisse der deutschen Frauen hat sich dieser Rückgang noch verstärkt und macht sich besonders bei den Ausländerinnen

Schaubild 4

Altersgliederung der Ausländer

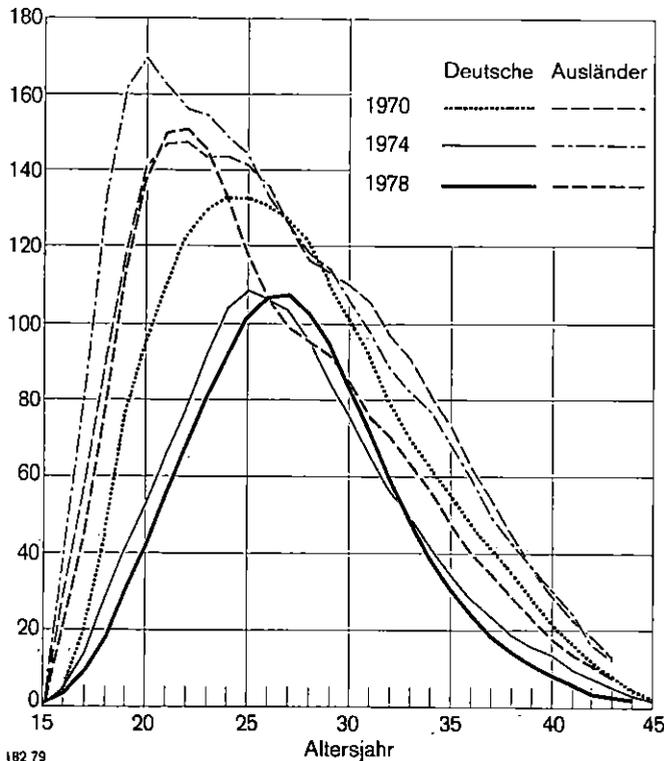


³ Vgl. Frank, a. a. O.

Schaubild 5

Alterspezifische Fruchtbarkeitsziffern

Lebendgeborene auf 1000 Frauen



182 79

zwischen dem 23. und 30. Lebensjahr bemerkbar. Diese Entwicklung deutet darauf hin, daß die hier lebenden Ausländer gewillt sind, mehr und mehr auf „späte“ Kinder zu verzichten. Bei den jüngeren Ausländerinnen hingegen ist der Wille zum Kind noch ungebrochen, wenn auch der zwischen 1970 und 1974 festzustellende Zuwachs der Fruchtbarkeit bis 1978 wieder weitgehend abgeklungen ist.

Tabelle 6

Alterspezifische Verheiratetenquote der Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Nichtdeutsche			Deutsche	
	6. 6. 61	1. 1. 71	1. 1. 74	1. 1. 79	
15 bis 20	8,2	24,9	26,1	14,6	2,8
20 bis 25	41,4	63,2	60,7	54,6	37,5
25 bis 30	66,0	80,6	80,1	69,1	73,2
30 bis 35	75,0	84,3	85,3	82,1	83,2
35 bis 40	77,7	84,5	85,7	85,1	86,1
40 bis 45	75,5	81,9	84,8	84,5	85,7
45 bis 50	69,2	76,2	79,9	83,0	82,3
50 bis 55	66,0	69,3	71,1	76,0	76,4
55 bis 60	56,7	59,5	59,2	64,7	67,1
60 bis 65	47,5	45,1	46,2	49,7	54,6
65 bis 70	26,7	35,2	34,5	36,1	45,3
70 und mehr		18,9	19,3	22,0	24,9
Insgesamt ¹⁾	42,6 ²⁾	51,8	50,6	45,9	46,3

¹⁾ Einschließlich 0 und 15 Jahre. – ²⁾ Einschließlich ohne Angaben des Alters.

Drei Viertel der Eheschließungen mit deutschem Partner

Einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Eingliederung der Ausländer in Baden-Württemberg dürften die Ehen, die mit deutschen Partnern geschlossen werden, geleistet haben. In den letzten Jahren wurden über 75% der Ehen, an denen Ausländer beteiligt waren, mit deutschen Ehepartnern geschlossen.

Tabelle 7

Eheschließungen der Ausländer

Jahr	Ins-gesamt	davon					
		Mann		Frau		Beide	
		Ausländer					
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1961	4 705	3 373	71,7	787	16,7	545	11,6
1970	6 943	2 652	38,2	1 876	27,0	2 415	34,8
1973	6 838	2 627	38,4	1 877	27,4	2 334	34,1
1978	5 176	2 489	48,1	1 402	27,1	1 285	24,8

Etwa 45% der Ehen wurden zwischen einem ausländischen Mann und einer deutschen Frau und rund 30% zwischen einem deutschen Mann und einer ausländischen Frau eingegangen. Insgesamt ist die Heiratsfreudigkeit der Ausländer in Baden-Württemberg als Hochzeitsland für Ausländer merklich zurückgegangen. Wurden doch 1961 noch etwa 22 Ehen mit mindestens einem ausländischen Partner je 1000 Ausländer geschlossen, im Jahr 1978 nach kontinuierlichem Rückgang nur noch 6. Der Rückgang dieser Heiratsziffer rührt im wesentlichen daher, daß besonders die Ausländerinnen beim Zuzug schon zu über 40% verheiratet waren. Darüber hinaus ist der Gesamtbestand an Ausländern stark gestiegen, die absolute Zahl der Eheschließungen jedoch relativ konstant geblieben. Sie bewegte sich im Lauf der Jahre zwischen 5000 und 7000. Dabei ist bemerkenswert, daß sie von 1961 bis 1966 zunächst zugenommen hat, im Verlauf der Rezession 1967/68 zurückging, um nach einem Anstieg bis 1971 ab 1974 – induziert durch die neuerliche Rezession – wieder abzunehmen. Diese Veränderungen werden maßgeblich durch die Eheschließungen unter Ausländern selbst bewirkt.

Verstärkte Haushaltsbildung

Als die Ausländer zu Beginn der 60er Jahre in ersten größeren Wellen ins Land kamen, hatten sie die Absicht, hier Geld zu verdienen. An die Gründung von Haushalten oder den Nachzug von Familien hat damals kaum jemand gedacht. Infolge der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erleichterung bei der Aufenthaltsgenehmigung und dem Nachzug von Familienangehörigen, hat sich die Haushaltsstruktur der Ausländerhaushalte in den letzten Jahren deutlich an die Struktur deutscher Haushalte angepaßt. So ist der Anteil der Einpersonenhaushalte von 46% im Jahr 1972 auf 30% im Jahr 1978 gesunken. Der Anteil der 2-Personen-Haushalte ist mit 20% bzw. 19% etwa konstant geblieben. Demgegenüber haben die Haushalte mit drei und mehr Personen – sowohl der absoluten Zahl nach als auch nach deren Anteilen – wesentlich an Bedeutung gewonnen. Die Anteile

Tabelle 8
Haushalte¹⁾

Jahr	Ins-gesamt 1000	davon mit ... Personen im Haushalt					Personen je Haushalt
		1	2	3	4	5 und mehr	
		%					

Ausländer							
1972	365,6	46	20	15	11	7	2,2
1974	395,0	38	22	19	13	9	2,4
1976	332,8	34	20	18	16	11	2,6
1978	320,4	30	19	21	19	11	2,7

Deutsche							
1978	3 536,3	29	27	17	16	10	2,6

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
¹⁾ Ergebnisse des Mikrozensus. – ²⁾ Stand: Ende April/Anfang Mai.

Tabelle 9
Art der Unterbringung der Haushalte

Haushalte	1975	1972		1956	1950
	Ausländer		Gesamtbevölkerung		
	%				
Unterbringung in Wohngebäuden					
davon als					
Hauptmieter	66	50	52	47	68
Eigentümer					
Untermieter	20	39	9	17	28
Sonstige Unterbringung (Anstalten u. ä.)	14	9	1	2	4
Insgesamt in 1000 (=100%)	376	310	3 241	2 351	2 105

*) Im Zeitvergleich aus methodischen Gründen zusammengefaßt.

dieser Haushaltsgröße stiegen von einem Drittel im Jahr 1972 auf die Hälfte aller Ausländerhaushalte.

Eine Angleichung an die Haushaltsstrukturen der deutschen Bevölkerung ist insoweit erfolgt, als 1-Personen-Haushalte sowie die Haushalte mit fünf und mehr Personen die gleichen Anteilswerte aufweisen. Dagegen sind die 3- und 4-Personen-Haushalte bei den Ausländern stärker vertreten als bei der

Tabelle 10
Haushalte mit Wohnungswechselabsicht 1975

Haushaltsgröße	Haushalte insgesamt	darunter mit Wohnungswechselabsicht			
		Haushalte zusammen	darunter genannte Gründe		%
			Wohnung zu klein	Wohnverhältnisse nicht zufriedenstellend	
1000		% (Sp. 1)	% (Sp. 2)		
1 Person	149	18	12	(37)	(,)
2 Personen	78	12	16	(43)	(,)
3 Personen	67	14	20	(46)	(,)
4 Personen	48	(7)	(14)	(,)	(,)
5 und mehr Personen	34	(6)	(17)	(,)	(,)
Insgesamt	376	56	15	41	24

deutschen Bevölkerung. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist bei den Ausländern von 2,2 Personen je Haushalt im Jahr 1972 auf 2,7 Personen je Haushalt im Jahr 1978 gestiegen. Zu diesem Zeitpunkt bezifferte sie sich bei der deutschen Bevölkerung auf 2,6 Personen.

Tabelle 11
Familien¹⁾

Jahr	Insgesamt	ohne Kinder	mit ... Kindern ²⁾					Anzahl der Kinder	Kinder je Familie	
			Anzahl	1	2	3	4 und mehr		überhaupt	mit Kindern
1000		%					1000			
Ausländer										
1972	303,0	178,1	124,9	49	32	13	7	229,4	0,8	1,8
1974	337,0	173,6	163,4	49	32	12	7	294,7	0,9	1,8
1976	296,4	139,2	157,2	42	36	14	8	306,1	1,0	1,9
1978	288,6	122,8	165,8	43	37	14	6	307,3	1,1	1,9
Deutsche										
1978	3 195,0	1 539,7	1 655,3	42	37	14	7	3 136,1	1,0	1,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Ergebnisse des Mikrozensus. - 2) Stand: Ende April/Anfang Mai. - 3) jeglichen Alters.

Bessere Wohnverhältnisse werden angestrebt

Wie aus einer Untersuchung aus dem Jahre 1975 bekannt wurde⁴⁾, lebten die Ausländer damals etwa in ähnlichen Wohnverhältnissen wie die gesamte Bevölkerung noch im Jahr 1950. Dabei äußerten 15% der Haushalte den Wunsch – insbesondere die Haushalte mit mehr Personen –, in größere Wohnungen umzuziehen. Es dürfte sich hier besonders um den Personenkreis handeln, der sowieso beabsichtigt, länger im Land zu bleiben und hier sesshaft zu werden. Es ist anzunehmen, daß sich bei seither rückläufiger Zahl der Ausländerhaushalte die Wohnverhältnisse weiter gebessert haben. Diese Ansicht wird dadurch gestützt, daß damals die bereits länger im Land wohnenden Haushalte sowohl von der Wohnungsgröße als auch von der Wohnungsausstattung her gesehen besser versorgt waren als die erst vor wenigen Jahren zugezogenen.

Mehr Ehepaare mit Kindern

Im Gegensatz zu den Haushalten, in denen alle in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft lebenden Personen ohne Berücksichtigung der Familienzusammengehörigkeit zusammengefaßt sind, zeigt die Darstellung der Familien⁵⁾ ein etwas anderes Bild. Hier sind Strukturveränderungen nur zwischen den Familien mit und ohne Kinder festzustellen. Während die Zahl der Familien insgesamt besonders seit 1974 rückläufig war, ist der Anteil der Familien mit Kindern von 41% im Jahr 1972 auf 57% gestiegen. Diese Entwicklung zeigt deutlich den Übergang von der Familie ohne Kinder oder der verheirateten Einzelperson zur Familie (Ehepaar) mit Kindern, was immer ein Anhaltspunkt für eine vollzogene Integration sein dürfte. Die Familien selbst haben sich bezüglich der Kinderzahl in ihrer Struktur kaum gewandelt. Es sind jedoch anteilmäßig Rückgänge bei den Familien mit einem Kind und mit vier und mehr Kindern zu verzeichnen, denen steigende Anteile der Familie mit zwei und drei Kindern gegenüberstehen. Infolge dieser Veränderungen weisen heute die Familien mit Kindern bei den Ausländern annähernd die gleiche Struktur bezüglich der Kinderzahl auf wie bei den Deutschen. Allerdings leben bei den Deutschen nur in 52% aller Familien Kinder, wogegen es bei den Ausländern 57% sind.

Aufgrund von Untersuchungen aus den Jahren 1976⁶⁾ und 1978⁷⁾ kann angenommen werden, daß sich unter den Familien ohne Kinder ca. 79 000 verheiratete Ausländer befinden, deren Ehegatten und Kinder sich noch im Ausland aufhalten und außerdem 40 000 Ehepaare, deren Kinder alle oder zum Teil noch im Ausland leben. Bei Nachzug dieser Familienangehörigen ins Bundesgebiet würde sich bei den Ausländern der Anteil der Familien mit Kindern noch weiter erhöhen.

⁴⁾ Vgl. Kaeser, Wohnverhältnisse der Ausländer, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1976.

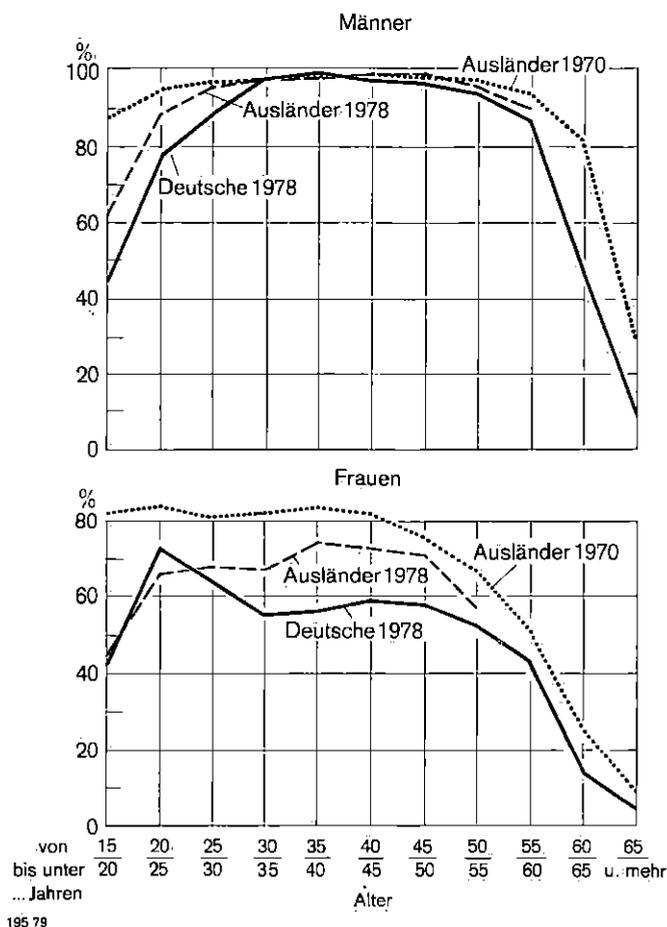
⁵⁾ Definition der Familie: Vgl. Kaeser, Struktur der Familien, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1974.

⁶⁾ Vgl. Statistischer Bericht A VI 2-S/76 vom 14. 9. 1977.

⁷⁾ Vgl. Statistischer Bericht A VI 2/S 3-j/78 vom 18. 4. 1979.

Schaubild 6

Altersspezifische Erwerbsquote



Daraus lassen sich Anpassungsvorgänge nicht erkennen. Diese zeigen sich mehr in der Veränderung des altersspezifischen Erwerbsverhaltens einerseits und an Veränderungen in der sozialen Stellung der Erwerbstätigen andererseits. Das Erwerbsverhalten – die Teilnahme am Erwerbsleben – kann am einfachsten durch die geschlechts- und altersspezifischen Erwerbsquoten der Ausländer dargestellt werden. Wesentliche Bedeutung kommt dabei der Entwicklung der Erwerbsquote der Frauen zu, die deutlich zeigt, in welchem Maße sich Frauen unter Verzicht auf eigenes Erwerbseinkommen auf die häuslichen Tätigkeiten beschränken.

Aus *Schaubild 6* ist ersichtlich, daß zunächst einmal die Erwerbsquote der Männer im Jahr 1970 in allen Altersgruppen sehr hoch lag. Dies gilt auch für die Altersgruppen von 15 bis unter 30 Jahren, in denen üblicherweise in verstärktem Maße schulische Ausbildung betrieben wird. Hier hat sich bis zum Jahr 1978 als Anpassung an die Verhältnisse bei der deutschen Bevölkerung eine deutliche Verschiebung ergeben. So gehen heute nur noch 62% der 15- bis unter 20jährigen Ausländer einer Erwerbstätigkeit nach, wogegen es 1970 noch 88% waren. Die gleiche Entwicklung ist auch bei den 20- bis unter 25jährigen festzustellen. Bei ihnen ging die Erwerbsquote seit 1970 allerdings in geringerem Maße von 95% auf 89% im Jahr 1978 zurück. Bei diesen beiden Altersgruppen zeigt sich deutlich ein Trend zu verlängerten und damit auch verbesserten Ausbildung. Es zeichnet sich hier eine Tendenz ab, sich an die deutschen Verhältnisse anzupassen und den Ausländern der zweiten Generation bessere Startchancen im Berufsleben zu geben. In geringerem Umfang wird hier die Frage mit von Bedeutung sein, daß Jugendlichen unter 18 Jahren, die seit 1977 aus Anwerbeländern zu ihren Familien nachgezogen sind, keine Arbeitserlaubnis erteilt werden durfte, und daß Personen über 18 Jahren, die seit 1974 zuzogen, keine Arbeitsgenehmigung – von Ausnahmen abgesehen – erhielten. Daß es sich überwiegend um eine verlängerte Ausbildung handeln muß, mag nachstehende Zusammenstellung zeigen.

Der Rückgang der Erwerbsquote in oben angegebenen Altersgruppen ergibt sich daraus, daß 1978 ca. 11 000 männliche Personen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren weniger im Erwerbsleben stehen als aufgrund der Quoten von 1970 hätten stehen können. Demgegenüber sind seit 1. 1. 1977 rund 1200 männliche Jugendliche unter 18 Jahren und seit 1. 1. 1974 etwa 3500 Männer von 18 bis unter 25 Jahren zugezogen. Es handelt sich also lediglich um ca. 4700 Personen dieser Altersgruppen, die wegen mangelnder Arbeitserlaubnis nicht als Erwerbspersonen gezählt werden könnten. Wahrscheinlich sind diese aber schon fast zu einem Drittel erwerbstätig, so daß die Veränderung der Erwerbsquote deutlich auf einer Intensivierung der Ausbildung beruht.

Längere Ausbildungsdauer anstelle von Jugenderwerbstätigkeit

Indizien zur Beurteilung von Eingliederungsvorgängen der Ausländer befinden sich nicht nur in ihrer Anpassung an demographische Strukturen der Bevölkerung des Aufnahmelandes, wie sie vorstehend gezeigt wurden, sondern auch in ihrer Angleichung an das Erwerbsverhalten und in ihrem Bestreben, ihren gesellschaftlichen Status dem des Gastlandes anzugleichen.

So waren im Frühjahr 1978 484 000 Ausländer bereit, als Erwerbspersonen im Arbeitsprozeß tätig zu sein. Es sind dies 12% aller Erwerbspersonen des Landes. Von diesen standen 465 000 als Erwerbstätige im Arbeitsprozeß und 19 000 waren arbeitslos. Vor Beginn der Rezession belief sich der Anteil der ausländischen Erwerbspersonen im Frühjahr 1973 noch auf 13%. Dieser Wert ist seither praktisch konstant geblieben.

Erwerbsbereitschaft der Frauen rückläufig

Auch bei den Ausländerinnen hat sich bei den unter 25jährigen die gleiche Entwicklung vollzogen wie bei den männlichen Ausländern. Hier wirkten sich jedoch nicht nur eine Intensivie-

Tabelle 12
Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf

Jahr	Männer				Frauen				
	Insgesamt 1000	darunter			Insgesamt 1000	darunter			
		Selbständige	Angestellte	Arbeiter		Selbständige	Angestellte	Arbeiter	
		%					%		
Ausländer									
1970.....	312,3	1	5	93	125,0	1	7	92	
1973.....	395,8	2	6	90	179,3	1	10	88	
1978.....	311,8	3	7	89	153,1	1	13	84	
Deutsche									
1978.....	2165,4	13	30	41	1446,3	5	48	30	

rung der Ausbildung und Verbot der Arbeitsaufnahme aus, sondern auch die Tendenz der Eltern, ältere Mädchen zur Führung des Haushaltes und zur Beaufsichtigung kleinerer Kinder zu Hause zu behalten. Außer bei den jugendlichen Ausländerinnen ist die Erwerbsquote ausländischer Frauen in allen Altersgruppen deutlich zurückgegangen. Hier dürfte es sich sicherlich um Anpassungsvorgänge an deutsche Verhaltensweisen handeln, die wohl auch durch die Entwicklung am Arbeitsmarkt mit veranlaßt wurden. Zum anderen dürfte sich hierin auch die Tendenz widerspiegeln, daß besonders Frauen mit mehreren Kindern sich in verstärktem Maße nur der Betreuung der Familien widmen.

Auch die Stellung im Beruf ist ein Indiz für Eingliederungsvorgänge bei den Ausländern. Waren 1970 nur rund 6000 (1,3%) der erwerbstätigen Ausländer Selbständige, so ist deren Zahl bis 1978 auf rund 10 000 (2,2%) gestiegen. Ebenso deutet die Entwicklung bei den Angestellten auf einen Trend zur höheren sozialen Stellung hin. Hat sich doch die Zahl der Angestellten seit 1970 von 23 000 auf 43 000 im Jahr 1978 erhöht und damit fast verdoppelt, wobei ihr Anteil an allen Erwerbstätigen von 5% auf 9% anstieg. Besonders stark war der Zuwachs bei den erwerbstätigen Frauen, von denen heute 13% im Angestelltenverhältnis stehen. Sicherlich werden von ihnen noch weitgehend Tätigkeiten in untergeordneten Stellungen ausgeübt jedoch nicht mehr als Arbeiterin, sondern eben im gehobenen Status einer Angestellten.

Mögen diese aus der Strukturveränderung der Stellung im Beruf erkennbaren Tendenzen auch nur geringfügig sein, so zeichnen sie sich doch bereits als Integrationsvorgänge der ersten hier lebenden Generation ab, die sich voraussichtlich in der zweiten Generation noch verstärken werden.

Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer nimmt wieder zu

Der nach Auslaufen der Rezession einsetzende, schon früher beschriebene Vorgang des Ersatzes ausländischer Arbeitnehmer durch deutsche Arbeitnehmer⁸, scheint abgeschlossen zu sein. Hat doch die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer bei steigender Zahl aller Arbeitnehmer im 1. Halbjahr 1978 erstmals wieder zugenommen, nachdem sie in den Jahren 1976 und 1977 rückläufig war. Diese Rückgänge waren damals bei steigender Arbeitnehmerzahl überhaupt eingetreten. Die damit verbundene Umschichtung war dadurch entstanden, daß deutsche Arbeitslose bevorzugt in offene Stellen vermittelt wurden, während die ausländischen Arbeitslosen in ca. 80 000 Fällen in ihr Heimatland zurückkehrten und dadurch den deutschen Arbeitsmarkt entlasteten. Diese Umschichtung brachte es mit sich, daß der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer von 15,8% am 31. 12. 1974 auf 13,6% am 31. 12. 1977 gesunken ist. Bis zum 30. 6. 1978 war er wieder auf 13,8% gestiegen. Dies bedeutet eine Beruhigung des Arbeitsmarktes für die hier lebenden Ausländer, womit sicherlich auch wieder eine positive Einstellung der betroffenen Ausländer zum längeren Verbleib verbunden sein wird.

Immer mehr ausländische Kinder im Kindergarten

Eine der ersten Stufen der Integration ist der Kontakt ausländischer Kinder mit deutschen Kindern. Diese erste Annäherung findet üblicherweise zunächst durch Kontakte der Eltern, durch Spielen der Kinder miteinander und in der ersten Station des institutionalisierten Ausbildungs- und Erziehungswesens, dem Kindergarten, statt. Der Besuch der Kindergärten durch ausländische Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren hat sich, wie *Tabelle 11* zeigt, in den letzten Jahren nicht nur absolut von 18 000 im Jahr 1973 um 52% auf 27 000 im Jahr 1978 erhöht, sondern der Anteil an der Gesamtzahl der ausländischen

Tabelle 13
Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren¹⁾

Jahr ²⁾	Insgesamt	Darunter im Kindergarten	
	1000		%
Ausländer			
1973	48,7	17,7	36
1976	61,2	28,1	46
1978	55,1	26,9	49
Deutsche			
1978	245,3	178,7	73

¹⁾ Ergebnisse des Mikrozensus. - ²⁾ Stand: Ende April/Anfang Mai.

Kinder der gleichen Altersgruppe ist von damals 36% auf heute 49% gestiegen. Diese Kindergartenbesuchsquote liegt jedoch noch wesentlich unter der der gleichaltrigen deutschen Kinder, die sich 1978 auf 73% belief.

Verstärkter Übergang auf Realschulen

Die oben schon angesprochene Tendenz zu einer verlängerten und verbesserten Ausbildung wird auch daraus erkennbar, in welchem Maß ausländische Schüler auf Realschulen und Gymnasien übergehen. 1973 waren es lediglich 8,7%, die aus der 4. Klasse der Grundschule in die Realschule übergingen. Diese Quote ist bis 1978 bereits auf 14,3% gestiegen. Dabei zeigen die Jugoslawen bei einer Übergangsquote von 21,5% das größte Interesse, ihre Kinder auf eine weiterführende Schule zu bringen, im Gegensatz zu den Türken, bei denen sich die Übergangsquote allerdings ebenfalls mit steigender Tendenz nur auf 8,4% beläuft. Demgegenüber beträgt die entsprechende Übergangsquote bei den deutschen Schülern 29,9%. Darüber hinaus gehen noch ca. 30% der deutschen Schüler aus der 4. Klassenstufe auf Gymnasien über. Bei den Ausländern wird diese Quote auf ca. 9% geschätzt. Hierbei handelt es sich allerdings weniger um Kinder von Ausländern aus Anwerbeländern als um solche aus anderen Ländern, deren Eltern sicherlich in höheren gesellschaftlichen Stellungen zu finden sind. Allerdings ist der Anteil der aus Anwerbeländern stammenden Ausländer an Gymnasien seit 1972 von 0,4% auf 0,8% im Jahr 1978 relativ stärker gestiegen als der der übrigen Ausländer. Diese nahmen lediglich von 0,8% auf 1,0% zu. Dieses stärkere Anwachsen des Anteils der Gymnasiasten aus Anwerbeländern kann als Ansatz für eine höhere Ausbildungsbereitschaft dieses Personenkreises angesehen werden.

Der Anstieg der Lernbehindertenquoten⁹ von 3,9% im Jahr 1973 auf 6,9% im Jahr 1978 ist als eine Entwicklung anzusehen, die der Eingliederung entgegensteht. Andererseits bringt die Zunahme dieser Quote doch zum Ausdruck, daß man bemüht ist, lernbehinderten Ausländern – und sei dies eventuell nur wegen mangelnder Sprachvertrautheit und Ausdrucksfähigkeit – einen schulischen Abschluß zu vermitteln.

Die Ausländer bemühen sich nicht nur um eine verbesserte Ausbildung durch Übergang an weiterführende Schulen, sondern es zeigt sich auch eine Tendenz, den Schulabschluß an den Grund- und Hauptschulen zu verbessern. Waren 1975 noch 55% der Ausländer, die wegen Beendigung der Schulpflicht die Hauptschule verließen, ohne Hauptschulabschluß, so waren es 1978 lediglich noch 38%. Bei den deutschen Schülern beträgt dieser Anteil derzeit 7%. Entsprechend hat sich auch der Schulerfolg der Schüler verbessert, die aus der 9. bzw. 10. Klassenstufe entlassen wurden. 1975 gingen noch 35% von ihnen ohne Abschluß von der Hauptschule ab. Die entsprechende Quote ist bis 1978 auf 19% zurückgegangen.

⁸⁾ Vgl. Frank, Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitsmarkt, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1977.

⁹⁾ Schüler, die eine Sonderschule für Lernbehinderte besuchen, in % der Schüler der 1. bis 9. Klassenstufe aller Schularten.

Stärkeres Interesse an beruflichen Vollzeitschulen

Der Wunsch zu verlängerter schulischer Ausbildung ist auch am Besuch der beruflichen Schulen erkennbar. Wie bei den deutschen Schülern zeigt sich auch bei den Ausländern in verstärktem Maße die Tendenz, berufliche Vollzeitschulen zu besuchen. Dies bedeutet, daß die ausländischen Schüler, die 1970 in beruflicher Ausbildung standen, noch zu 82% eine berufliche Teilzeitschule besuchten. Heute sind dies nur noch 76%. Dafür verstärkte sich die berufliche Ausbildung an beruflichen Vollzeitschulen. Allerdings finden sich die Ausländer mehr an Berufsfachschulen, die zu einfachen Abschlüssen führen, wogegen die deutschen Schüler berufliche Schulen bevorzugen, an denen die mittlere Reife oder das Abitur erworben werden kann. Die Tendenz zum Besuch von beruflichen Vollzeitschulen und damit verlängerter schulischer Ausbildung hat sich insbesondere seit Beginn der Rezession bemerkbar gemacht, als sich zugleich mit der Zunahme der Zahl der ins Erwerbsleben tretenden Jugendlichen Schwierigkeiten bei der Erlangung eines Ausbildungsplatzes ergaben. Es zeigt sich deutlich, daß die ausländischen Jugendlichen bei der Erlangung von Ausbildungsverträgen auf der Strecke geblieben sind. Von den deutschen Berufsschülern sind trotz steigender Schülerzahlen im Schuljahr 1978/79 nur noch 8,2% ohne Ausbildungsvertrag gegenüber 12,2% im Schuljahr 1975/76. Bei den ausländischen Schülern hingegen hat sich trotz der in etwa unverändert gebliebenen Schülerzahl der Anteil der Schüler ohne Ausbildungsvertrag von 29,4% im Schuljahr 1975/76 auf 51,4% erhöht. Von diesen Schülern ohne Ausbildungsvertrag sind 42% arbeitslos, wogegen sich die entsprechende Quote bei den deutschen Berufsschülern lediglich auf 22% bezieht. Insgesamt sind 1,8% der deutschen Berufsschüler arbeitslos gegenüber 21,8% der ausländischen. Dies macht deutlich, daß ausländische Jugendliche wegen fehlender schulischer Abschlüsse und vielleicht auch, weil sie schneller ein Einkommen erzielen wollen, als Ungelernte tätig werden, aber auch, daß sie in relativ stärkerem Maße arbeitslos bleiben. Wenn somit einerseits Anpassungsvorgänge bei den 10jährigen (Übergang auf Realschulen) und den 15jährigen (Abschluß der Hauptschule) zu vermerken sind, so sind andererseits ihre Chancen, Ausbildungsverträge oder gar einen Arbeitsplatz zu erhalten, heute geringer als bisher. Es besteht die Gefahr, daß diese zweite Generation nach Beendigung der Hauptschule – bei noch weiter wachsenden Zugängen deutscher Ausbildungswilliger mit größtenteils besseren und höherwertigen Abschlüssen – in stärkerem Maße in untergeordnete Tätigkeiten oder in die Arbeitslosigkeit abgedrängt wird. In diesem Bereich ist Integration nicht erkennbar, wohl aber starke Konkurrenz bei der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, die eine abgeschlossene berufliche Ausbildung zu vermitteln vermögen.

Weitere Entwicklung des Ausländerbestandes

Die vorstehend gegebene Zusammenstellung objektiver Merkmale zur bereits erfolgten Anpassung und Integration der Aus-

Tabelle 14
Vorausschätzung des Ausländerbestandes

Jahr ¹⁾	Insgesamt	Von ... bis unter ...		
		0 bis 19	19 bis 65	65 und mehr
Jahre				
1000				
1970	829	277	536	16
1980	859	282	561	16
1990	977	318	626	32
2000	1 077	294	699	84

länder kann sicherlich nicht vollständig sein, findet aber ihre Ergänzung in den bereits beschriebenen subjektiven Vorstellungen der ausländischen Haushaltsvorstände, die alle den Wunsch eines großen Teiles der Ausländer signalisieren, möglichst lange oder gar für immer in Baden-Württemberg zu bleiben. Diese Wünsche werden sich noch verstärken, wenn die hier geborenen Ausländer der zweiten Generation selbst Haushalte bilden. Um diese Wünsche realisieren zu können hat Ministerpräsident a. D. Heinz Kühn¹⁰, als Beauftragter der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer die Forderung erhoben, daß die in Deutschland geborenen Kinder von Ausländern mit Vollendung des 18. Lebensjahres durch Option ohne weitere Formalitäten die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten sollten.

Sofern diese angestrebte Entwicklung politisch realisiert werden kann, können die bisher für Ausländer ermittelten Vorausschätzungen der Bevölkerungszahlen¹¹ nicht mehr die Zahl der rechtlich als Ausländer anzusehenden Personen wiedergeben. Es handelt sich dann vielmehr um den von den heute lebenden Ausländern abstammenden Personenkreis. Dieser kann sich unter Beibehaltung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung und somit unter der Voraussetzung, daß per Saldo keine Zu- oder Fortzüge erfolgen, von heute 829 000 bis zum Jahr 2000 um 30% auf 1,1 Millionen erhöhen. Diese modellhaft unter der Annahme konstanter altersspezifischer Geburtenraten errechnete Zahl wird jedoch bei Beibehaltung der übrigen Voraussetzungen kaum erreicht werden, da sich auch bei den Ausländern wie oben dargelegt Ansätze zur Anpassung des generativen Verhaltens an das der Bevölkerung des Gastlandes abzeichnen. Diese Tendenz schließt jedoch ein weiteres Anwachsen der von Ausländern abstammenden Bevölkerung durch Geburtenüberschüsse nicht aus, da infolge ihrer derzeitigen Altersstruktur – nur 2% sind 65 Jahre und älter gegenüber 15% bei der deutschen Bevölkerung – in den nächsten Jahren nur verhältnismäßig wenige Sterbefälle zu erwarten sind.

Dipl.-Ing. Hans Kaeser

¹⁰ Stuttgarter Zeitung vom 21. 5. 1979.

¹¹ Vgl. Kaeser, Langfristige Vorausschätzung demographischer Eckdaten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1979.